

Liebe Bönningstedterinnen und Bönningstedter,

eine fulminante Eröffnung des Wahlkampfes lieferte Rolf Lammert am 12. Oktober im Bauausschuss. Nach einem verbalen Angriff auf Gemeindemitarbeiter hielt er die Stellungnahme des Kreises Pinneberg zum Brandschutz beim öffentlichen Betrieb der Kleiderkammer für überzogen. Anschließend wollte er 12.000 Euro für einen Umbau des Kellers im ehemaligen Amtsgebäude bewilligen, obwohl die dortige Kleiderkammer nur maximal bis zum kommenden Frühjahr genutzt werden sollte. Details finden Sie in zwei Berichten.

Der Schwerpunkt unserer Berichterstattung ist eine Betrachtung der Folgekosten für die Gemeinde bei Baugenehmigungen. Zahlen die Steuerzahler mit, wenn Baugrundstücke erschlossen werden?

Weitere Themen unseres Infoblattes sind der Markt, die Schule Rugenbergen, öffentliches WLAN und die Überwachung des ruhenden Verkehrs. Wir korrigieren mehrere Falschmeldungen. Was steckt hinter nicht-konkreten und damit inhaltlosen Forderungen von CDU und SPD nach mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz? In welchen Straßen werden 2018 die Regenwasserkanäle erneuert? Wie verlief der Tag der deutschen Einheit? Welche Tiefbaumaßnahmen finden in Bönningstedt aktuell statt?

Wir wünschen Ihnen eine schöne Adventszeit.

Ihre Bönningstedter Wählergemeinschaft

EDEKA zieht zurück - was wird aus dem Markt?

Überraschende Wende im Wettbewerb um den Lebensmittel-Einzelhandel: Nach mehrjähriger Debatte um den Bau eines EDEKA-Marktes, die bei vielen Menschen Hoffnungen oder Ängste schürte, erhielt der Investor, Firma Zündorff-Immobilien, im Februar eine Mehrheit der Gemeindevertretung für einen Grundsatzbeschluss zu seinen Gunsten. Seit Monaten ist aber im Gespräch, dass er seinen Antrag zugunsten einer kleineren Lösung mit einem ALDI-Markt und einer Drogerie auf dem Fromme-Gelände zurückziehen will. Da das bisher nicht geschah, herrscht seit Februar in der Dorfentwicklung Stillstand, obwohl sich Zündorff lange für den Grundsatzbeschluss eingesetzt hatte, Gleichzeitig hindert der Beschluss die Gemeinde, mit dem Betreiber des Marktes über eine dortige Entwicklung zu sprechen. Daher hat die BWG beantragt, den Aufstellungsbeschluss zur Bauleitplanung für einen EDEKA-Markt aufzuheben. Wir wollen endlich Klarheit!

Der REWE-Markt (1050 qm Verkaufsfläche) kann nur vergrößert

werden, wenn er im Flächennutzungsplan als „Kerngebiet“ ausgewiesen wird. Wegen der sich daraus ergebenden weitreichenden Rechte (z. B. Errichtung von Vergnügungsstätten) ist dies für die Gemeinde problematisch. Daher muss u. a. geprüft werden, ob das Baurecht zulässt, dass die Gemeinde Einzelhandel als einzige Gewerbeart gestatten und auf das Erdgeschoss beschränken kann. Das würde dem Marktbetreiber reichen. Wir sind optimistisch, dass dies möglich ist.

Jane Czolbe

Verbaler Angriff auf Mitarbeiter der Gemeinde

Für Rolf Lammert (CDU) beginnt der Wahlkampf 2018 anscheinend schon jetzt. Er gab den fast 30 Gemeindemitarbeitern einen Eindruck, was auf sie zukommen könnte. Im Bauausschuss am 12. Oktober 2017 kritisierte er die Mitarbeiter des Bauhofes öffentlich. Sie hätten es unterlassen, das seit Wochen teilweise abgerissene Banner zum Schulanfang an der Norderstedter Straße wieder aufzuhängen.

Wenn ihm das so wichtig war, wie er behauptete, hätte er die Bauhof-

mitarbeiter schnellstmöglich und direkt ansprechen können, statt sie öffentlich anzugreifen. Wartete er damit mehrere Wochen, um pressewirksam rügen zu können? Sollte ein Gemeindevertreter so mit gemeindlichen Mitarbeitern umgehen?

Im Übrigen stellte sich heraus, dass das Banner durch den Sturm derart beschädigt war, dass es nicht wieder aufgehängt werden konnte.

Jane Czolbe

Schule Rugenbergen - Trägerschaft geregelt

Wir berichteten über den lang-ersehnten Kompromiss zur Bildung eines Schulzweckverbandes der drei Gemeinden Bönningstedt, Hasloh und Ellerbek.

Die Details des Miteinanders wurden in Form eines Vertrages und einer Satzung geregelt. Viele Kriterien sind gesetzlich festgelegt, also nicht verhandelbar. So erfolgt die Aufteilung der Finanzierung nach Schülerzahlen. Der Schulverband Rugenbergen wird seinen Betrieb am 1. Januar 2018 aufnehmen.

Peter Liske

Bönningstedt statt Bönningstadt!

Warum sind Baugenehmigungen für die Gemeinde sehr teuer?

Die Erteilung einer Baugenehmigung durch den Kreis Pinneberg ist für Bauwillige ein erfreuliches Ereignis. Aus Sicht der Gemeinde (also der Steuerzahler) ergibt sich ein anderes Bild.

Die Gemeinde muss für ihre Bevölkerung Infrastruktur wie Schulen, Brandschutz, Gemeindeverwaltung, Sportplätze, Kindergärten, Straßenbeleuchtung, Spielplätze, öffentliche Grünflächen, Gemeindestraßen, Winterdienst, Kanalisation oder Friedhöfe vorhalten.

Sie kann durch Ausweisung familiengerechter Baugrundstücke ihre Bevölkerungspyramide „verjüngen“. Das ist langfristig sinnvoll, kurzfristig aber nur, wenn die Einrichtungen zur Kinderbetreuung freie Kapazitäten haben.

Die Gemeinde muss die Auswirkungen auf den Haushalt berücksichtigen. Betrachten wir die Einnahmen: Die Gemeinde erwartet für 2017 bei 4.600 Einwohnern 2,77 Mio. Euro Einkommensteuer und 417.250 Euro Grundsteuer. Davon müssen je 40 % an den Kreis Pinneberg gezahlt werden, so dass 2017 durchschnittlich 462 Euro je Einwohner bei der Gemeinde bleiben.

Nun die Ausgaben pro Jahr: Je Einwohner sind 130 Euro für die Verwaltung durch die Stadt Quickborn zu bezahlen, für den Brandschutz ca. 50 Euro und den Bauhof (Winterdienst, Straßen, Grünflächenpflege usw.) ca. 80 Euro, so dass nur noch ca. 200 Euro pro Einwohner verbleiben. Ein Platz an einer weiterführenden Schule kostet pro Kind und Jahr ca. 2.000 Euro, ein Kindergartenplatz etwa das Doppelte.

Zudem erleiden Neubürger häufig eine Absage für einen beantragten Kindergartenplatz oder langjährig Ansässige erhalten den sicher geglaubten Platz doch nicht. Dann müssen in Bönningstedt lebende Kinder in anderen Orten betreut werden, was für die betroffenen Familien eine Zusatzbelastung ist.

Durch den Anschluss mehrerer Baugebiete an den Hauptsammler für Niederschlagswasser in der Kieler Straße ist dieser mittlerweile viel zu klein dimensioniert. Er muss in den nächsten Jahren erneuert werden - ein Schaden von mehreren hundert-

tausend Euro. Das bezahlen alle Bönningstedter Steuerzahler.

Derzeit führt also Bevölkerungswachstum zu Schuldenzuwachs. Das muss nicht immer so bleiben. Sollte sich irgendwann die Situation der Kindergartenplätze entspannen, wäre ein Bevölkerungszuwachs sinnvoll, um vorhandene Infrastruktur auszulasten. Das ist aber nicht absehbar.

Daher möchte die BWG bei neuen Baugebieten vor deren Ausweisung wissen, wer die Infrastrukturfolgekosten danach bezahlt. Wir sind gegen Baugebiete, bei denen Einzelne von der Bodenwertsteigerung profitieren und die Steuerzahler die Folgekosten auszugleichen haben.

Ein Beispiel: 2008 wurden unter absoluter CDU-Mehrheit zu Gunsten weniger Einzelpersonen ca. 50 Wohneinheiten in der Bendloh realisiert. Zu Lasten der Steuerzahler wurde für über 1,6 Mio. Euro die Zwergenhütte gebaut, um die Infrastruktur anzupassen. Dieser Betrag wurde 2009 abgerechnet. Die BWG hatte vergeblich gefordert, den Investor oder den bisherigen Grundeigentümer die Kosten tragen zu lassen. Im Nachgang konnten zwar für 0,55 Mio. Euro die Grundstücke „In de Musen“ verkauft werden, aber die zusätzlichen Schulden von einer guten Million Euro wären leicht vermeidbar gewesen.

Peter Liske

Tag der Deutschen Einheit

Zum 13. Mal fanden in Bönningstedt die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit statt. Gegen Mittag wurden ca. 20 Gäste aus unserer Partnerstadt Crivitz und ebenso viele Bönningstedter begrüßt. Nach dem Mittagessen im „Montenegro - bei Sabina“ ging es mit dem Bus zur Biogasanlage der Familie Witt nach Winzeldorf, wo wir eine sehr fachkundige Erklärung der Anlage erhielten und vieles über moderne Rinderhaltung erfuhren.

Weiter ging es mit dem Bus zur Araberperdezucht an der Brakelstwierte. Die Gäste waren von den Rassepferden und dem Vortrag von Christina Krumm hellauf begeistert.

Zum Schluss wartete ein leckeres Kuchenbüfett auf uns. Vor der Abreise bedankten sich die Crivitzer für die nette Gästebewirtung und das von Bürgermeister Peter Liske

organisierte Programm und bei dem Partnerschaftsbeauftragten Günter Haase. Es war ein schöner Tag!

Christel Hansen

Problematische Standortsuche für öffentliches WLAN

Auf Antrag der Fraktion B'90/ Grüne beriet der Bauausschuss, ob die Gemeinde kostenloses, öffentliches WLAN in Bönningstedt installieren soll. Warum fand der Antrag bisher keine Mehrheit? Um welche Standorte geht es?

- Für die Grundschule lehnt die Schulleitung öffentliches WLAN ab, weil der Aufenthalt von nicht zur Schule gehörenden Personen die Aufsicht über die Kinder erschwert.

- Die Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr ist gegen öffentliches WLAN am Feuerwehrhaus, damit sich im Einsatzfall dort keine nicht berechtigten Personen aufhalten. Das betrifft auch den hinter dem Feuerwehrhaus gelegenen Bauhof.

- Die Datenleitung vom Gemeindebüro zum Rathaus Quickborn gehört der Stadt Quickborn. Eine zusätzliche Nutzung durch ein separates öffentliches WLAN müsste im Datenvolumen begrenzt werden, um die Arbeit des Gemeindebüros nicht einzuschränken.

- Der Heidefriedhof im Moorweg ist ein Ort der Ruhe! Hier ist Pietät angezeit.

- Innerhalb des KiJu könnte ein WLAN eingerichtet werden, aber nur innerhalb des Gebäudes. Wie sollen sonst Jugendbetreuer nachvollziehen, wer sich dort aus welchem Grund aufhält?

Durch die Entfernung der gemeindlichen Grundstücke voneinander würde kein geschlossenes öffentliches WLAN durch die Gemeinde geschaffen werden können. Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Jeder Bürger kann seinen Mobilfunkzugang selbst kaufen. Das freie WLAN in einer Pinneberger Einkaufsstraße ist ein Werbemittel der Gewerbetreibenden. Analog dazu bietet der Eigentümer der Marktfläche WLAN an. Das Rugenbergen Center, Dehner, Krümet oder Gaststätten könnten ihm folgen. Das entscheidet aber nicht die Gemeinde.

Niels Hansen

Wie geht Bürgerbeteiligung?

Im beginnenden Wahlkampf hören wir pauschale, also nicht spezifizierte Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung. In Bönningstedt gibt es vielfältige Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung. So stellen die Fraktionen bürgerliche Mitglieder in den Ausschüssen (Bau-, Finanz- und Sozialausschuss) und den Arbeitskreisen (Friedhof und Spielplätze). Der Seniorenbeirat besteht ausschließlich aus bürgerlichen Mitgliedern.

Bürgerinnen und Bürger können am öffentlichen Teil der Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse teilnehmen, sich während der Einwohnerfragestunde zu Wort melden sowie sich direkt an die Mitglieder der Gremien wenden.

Für Bauleitplanungen ist eine mehrfache intensive Bürgerbeteiligung gesetzlich vorgeschrieben. Das Informationszugangsgesetz gewährt weitreichenden Zugriff auf Informationen.

Der Bürgermeister bietet eine wöchentliche Sprechstunde an und kommt auf Wunsch monatlich zu den Bürgerinnen und Bürgern ins Haus.

Informationen über Zusammensetzung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, Sitzungstermine, Tagesordnungen und Protokolle findet man im ALLRIS-Bürgerinformationssystem unter <https://www.vgquickborn.sitzung-online.de/bi/allris.net.asp>.

Die Bürgerinnen und Bürgern können von den o. a. Möglichkeiten mehr Gebrauch machen und damit die Bürgerbeteiligung weiter ausbauen. Das floskelhafte Pochen einiger Personen und Parteien auf mehr Bürgerbeteiligung ohne konkretisierte Vorschläge hilft nicht weiter.

Niels Hansen

Forderung nach Transparenz

Transparenz ist ein schönes Wort. Sie wird von vielen Fraktionen in Bönningstedt gefordert, jedoch nicht praktiziert, aber bei anderen angemahnt, ohne konkret zu werden. Die Bönningstedter Wählergemeinschaft gibt mehrmals im Jahr dieses Informationsblatt heraus, in dem sie die Bürgerinnen und Bürger über wichtige Dinge im Dorf informiert. Das nenne ich **angewandte Transparenz!**

Christel Hansen

Kleiderkammer geschlossen

Als die Not der Flüchtlinge am größten war, richtete ein ehrenamtliches Team um Dr. Eckhard Johannes eine Kleiderkammer ein. Die Gemeinde stellte **einen (!)** Kellerraum des ehemaligen Amtsgebäudes als Lagerraum bereit.

Die Arbeit des Teams war eine großartige Leistung, für die wir uns sehr bedanken!

Die Zahl der zu betreuenden Flüchtlinge halbierte sich inzwischen von über 80 auf unter 40, die zudem mehr als 2 Jahre hier wohnen und daher über eigene Kleidung verfügen. Die fast zehnmal so große Stadt Pinneberg schließt ihre Kleiderkammer mangels Bedarf zum 30. November 2017. Dr. Johannes erklärte zunächst, er sähe für Bönningstedt keinen Bedarf über Ende 2017 hinaus, und spricht nun vom Frühjahr 2018.

Der Keller ist durch seine niedrige Deckenhöhe, unzureichende Fluchtwege und die typische „Keller-Feuchte“ dafür eigentlich nicht geeignet. Nach zwei Jahren der Nutzung belegt die Kleiderkammer inzwischen **sieben (!)** Räume. Die Ausweitung geschah z. T. ohne Genehmigung der Gemeinde. Während der erste und genehmigte Raum noch von zwei Seiten (Eingang und Notausgang) zu erreichen ist, liegen mehrere Räume der Kleiderkammer

auf der anderen Seite des Notausgangs, so dass sie nur noch einen Rettungsweg haben.

Der Kreis Pinneberg stellte daher fest, dass für den öffentlichen Zugang des Kellers ein zweiter Rettungsweg erforderlich ist, so dass die Räume nur noch zur Lagerung genutzt werden dürfen. D. h., bedürftige Personen dürfen nicht in die Räume hineingehen, sondern müssen am Kellereingang warten. Daraufhin schloss Dr. Johannes die Kleiderkammer ganz, was trotz des rückläufigen Bedarfs nicht hätte sein müssen.

Der Bau eines weiteren Fluchtwegs würde etwa 12.000 Euro kosten. Für eine voraussichtlich nur noch ca. drei Monate dauernde Nutzung? Der Bauausschuss lehnte diese Verschwendung ab. Einzig Rolf Lammert stimmte dafür.

In Angriffen auf den Bürgermeister, der für die Sicherheit im Gebäude verantwortlich ist, wurde gefordert, er möge Sicherheitsbedenken des beauftragten Brandschutzsachverständigen ignorieren. Rolf Lammert betonte in der letzten Bauausschusssitzung, dass in den Kellerräumen früher Belegschaftsfeiern stattgefunden hätten. Warum macht Rolf Lammert solche Äußerungen? Heute gelten völlig andere Brandschutzbestimmungen, für deren Einhaltung der Bürgermeister haftet - und das weiß Rolf Lammert. Ist seine Haltung zu dieser Feststellung des Kreises Pinneberg nicht mehr als fahrlässig?

Der Vorgang eskalierte, als Dr. Johannes nach der von ihm betriebenen Erweiterung der Kleiderkammer auf sieben Räume um einen zweiten Schlüssel bat. Weil ihm dessen Herstellung zu lange dauerte, ging er an die Öffentlichkeit und verdeutlichte damit selbst allen Behörden die Sachlage.

Jane Czolbe

Kunststoffe

Zuschnitt - Kleinverkauf - Versand

Kunststoffe für Haus, Boot, Caravan, Garten und Modellbau
Acryl(Plexiglas), PC(Makrolon/Lexan), PVC-Platten, Rohre, Profile

Doppelstegplatten und Profile für Überdachungen
Verkauf von Werbemitteln wie Prospektständern und Displays

Ladenverkauf und Versand

ALLKU

www.allku.de Tel. 040-55 69 49-0 Fax:040-55 67 832
Nordring 19-21 25474 Bönningstedt

ERGO

Ihr Versicherungspartner vor Ort:

Direktionsgeschäftsstelle Bruhn&Partner
Ellerbeker Straße 20, 25474 Bönningstedt
Tel 040 180433550, Fax 040 180433551
florian.bruhn@ergo.de, www.florian.bruhn.ergo.de

Erneuerung von Regenwasserkanälen

Hamburg Wasser plant, 2018 folgende Regenwasserkanäle zu erneuern: Bahnhofstraße (260 Meter, Wiederaufnahme der Arbeiten, sobald die Hasloher Brücke freigegeben ist), Winzeldorfer Straße (978 Meter in zwei Bauabschnitten), Franz-Rabe-Straße (352 Meter, nördlicher Abschnitt), Grellfeldtwiete / Ellerbeker Straße (315 Meter)

Peter Liske

Überwachung des ruhenden Verkehrs - wir korrigieren Falschmeldungen

In Bönningstedt gibt es glücklicherweise wenige Probleme mit Falschparkern. Kritisch wird es, wenn z. B. in verkehrsberuhigten Straßen nicht nur auf gekennzeichneten Flächen geparkt wird. Dann ist nicht mehr genügend Platz für große Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr oder die der Müllabfuhr. Auch das Falschparken im Bereich um das Altenheim Fasanenhof oder der Grundschule geht zu Lasten schutzbedürftiger Verkehrsteilnehmer.

Im Bereich der Grundschule, in dem morgens viele Eltern ihre Kinder zur Schule oder in einen der Kindergärten bringen, stehen leider zu wenig Parkplätze zur Verfügung. Diese werden besonders knapp, wenn auf dem Grundschulparkplatz Anlieger oder Beschäftigte parken, so dass gefährliche Rückstaus auf die Kieler Straße an der Tagesordnung sind. Es ist ja eigentlich ganz einfach: Die ausgeschilderte Parkscheibenregelung untersagt das Parken von mehr als einer Stunde in der Zeit von 6 bis 13 Uhr. Würde das jeder beachten, gäbe es kein Problem. Mangels Überwachung ignorieren viele Autofahrer dieses Gebot.

Dafür zuständig sind sowohl der Kreis Pinneberg (der dafür aber kein Personal vorhält) als auch die Polizei, die aufgrund anderer Aufgaben keine Möglichkeit sieht, hier für Ordnung zu sorgen. Also beschloss die Gemeinde, beim Kreis Pinne-

berg zu beantragen, dass die Zuständigkeit auf sie übertragen wird.



Morgens um 8 Uhr an der Grundschule. Rückstau auf die Kieler Straße, ausfahrende PKW können den Parkplatz nicht verlassen.

Falschmeldungen verzerren die Debatte:

- Angeblich sollen Autofahrer zugunsten der Gemeindekasse „abgezockt“ werden. Das ist falsch. Anders als bei Geschwindigkeitskontrollen ist das Ahnden von Falschparkern personalintensiv. Die Kosten sind dadurch höher als die Einnahmen. Es geht tatsächlich nur um Sicherheit von Fußgängern, vor allem von Kindern, und die Sicherstellung freier Zufahrtswege für Einsatzfahrzeuge.

- Die Behauptung des Pinneberger Tageblatts (Ute Springer) vom 30. September 2017 unter der Überschrift „Bönningstedt will Knöllchen schreiben“ im völlig verfehlten Kommentar: „*Ob es hilft, uneinsichtigen Helikopter-Eltern Strafzettel zu verpassen, sei dahingestellt*“ Das ist falsch. Natürlich begrüßen wir es, wenn Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule gebracht werden. Da aber häufig beide Elternteile berufstätig sind, können sie ihre Kinder nicht erst zu Fuß zur Schule bringen, dann nach Hause gehen und hinterher mit dem Auto zur Arbeit fahren. Diese Eltern sind keineswegs uneinsichtig - in vielen Fällen geht es einfach nicht anders.

- Die BWG will angeblich eine andere Parkplatzregelung bei der Grundschule. Das ist falsch. Die BWG will nur, dass die bestehende Vorschrift (Parkscheibennutzung), über die sich jahrelang niemand

beschwerte, eingehalten wird.

- Die CDU ist angeblich aus Kostengründen gegen eine Ahndung von Falschparkern durch die Gemeinde. Das ist falsch. Sie enthielt sich in den Abstimmungen, stimmte also nicht dagegen.

Jane Czolbe

Öffentliche Tiefbaumaßnahmen

Die Bodenwelle (z. Zt. Tempo 30 km/h) der Brücke der Norderstedter Straße über die Mühlenau wird erst nach Öffnung der Autobahnbrücke in Hasloh an die Fahrbahn angeglichen, damit nicht zwei Querverbindungen gleichzeitig gesperrt sind.



Der erneuerte Bolzplatz der Grundschule

Die Sanierung des Bolzplatzes der Grundschule begann, ebenso wie die Instandsetzung des nördlichen Abschnittes des Lerchenwegs.



Begonnene Instandsetzung des Lerchenwegs

Der Neubau der Brücke am Garstedter Weg verzögert sich um weitere 4 Monate: Solange brauchen die Stadtwerke Pinneberg, um den Standort ihrer Leitungen bekanntzugeben, die bei den Tiefbauarbeiten nicht beschädigt werden sollen.

Peter Liske

Wir von der BWG sind für Sie da: Wenn Sie Fragen oder Anregungen zu politischen Themen haben, wenden Sie sich bitte an uns. Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

Jane Czolbe (stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kieler Straße 129d, Tel. 556 63 73), **Sven Freytag** (Ellerbeker Straße 54), **Simone Gent-Welbing** (Moorlander Weg 5), **Joachim Graessner** (Heidkampsweg 16), **Jörg Hahn** (stellvertretender BWG-Vorsitzender, Ahornstraße 70), **Christel Hansen** (Winzeldorfer Straße 22, Tel. 556 83 18), **Niels Hansen** (BWG-Vorsitzender, Winzeldorfer Straße 22, E-Mail: niels-john.hansen@hamburg.de, Tel. 556 83 18), **Stefan Kiel** (Fraktionsvorsitzender), **Reiner Knickmeier** (Tel. 556 71 93), **Peter Liske** (Bürgermeister, E-Mail: peter.stefan.liske@gmail.com, Ahornstraße 40, Tel. 556 76 41), **Peter Möller** (Op'n Stiegen 1), **Matthias Schmidt** (Bendloh 65)

Herstellung: Winkelmann Offset GmbH, Goosmoortwiete 9, 25474 Bönningstedt, V. i. S. d. P.: Niels Hansen, Winzeldorfer Str. 22, Tel. 556 83 18